

C 6610

26.10.1972

Gen. Staatssekretär  
 Kolbert teilte mir am  
 7.11.72 mit:  
 Auf PB-Fitzing sagte er den geplanten Besuch  
 Halls (Polen) für nicht zweckmäßig  
 dachte, die Massnahmen sind  
 deshalb nicht durchzuführen

E. Stöcker  
 0002  
 AM

Genossen  
 Erich Honecker

Genossen  
 Willi Stoph

Berlin, 26. Oktober 1972

Werte Genossen!

Im Zusammenhang mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland sind offizielle Vertreter der VR China mit Erklärungen aufgetreten, die gegen Interessen der Deutschen Demokratischen Republik gerichtet sind.

Ich schlage deshalb vor, daß ein Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR gegenüber dem Botschafter der VR China in der DDR mündlich unseren Standpunkt dazu darlegt.

Einen Entwurf dieser mündlichen Stellungnahme lege ich bei.  
 Ich bitte um Bestätigung.

Mit sozialistischem Gruß

Winzer

MIAA	Unterschrift:
	Giesfried Kahl
	S. Kahl
	H. W. Liebermann

Kristin 20/70

Entwurf

Mündliche Stellungnahme eines Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR gegenüber dem Botschafter der VR China in der DDR im Zusammenhang mit Äußerungen offizieller Vertreter der VR China während des Besuchs von BRD-Außenminister Scheel in Peking

Herr Botschafter!

Wie Ihnen bekannt ist, betrachtet die Deutsche Demokratische Republik den Kampf um Frieden und Sicherheit, gegen Imperialismus und Reaktion als ihre außenpolitische Hauptaufgabe. Das ist zugleich ein Beitrag für den revolutionären Weltprozeß. Dieser ist für die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in Europa sehr bedeutend. Auf Grund der konstruktiven und beherrschenden Politik der UdSSR, der DDR und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft wurden erste Erfolge in diesem Kampf erreicht. So wurde die Regierung der BRD veranlaßt, bestimmte Realitäten der europäischen Nachkriegsentwicklung anzuerkennen.

Die Verträge der UdSSR und der VR Polen mit der BRD, das Vierseitige Abkommen über Westberlin, der Verkehrsvertrag zwischen der DDR und der BRD und andere Vereinbarungen bekräftigen völkerrechtlich verbindlich die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung, insbesondere die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Anerkennung der territorialen Integrität und Souveränität aller europäischen Staaten.

Bekanntlich werden z.Z. zwischen Vertretern der DDR und der BRD Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen auf völkerrechtlicher Grundlage geführt. Die DDR hofft, daß diese Verhandlungen zu einem baldigen positiven Abschluß gebracht werden können.

Die reaktionärsten Kräfte des Imperialismus der BRD jedoch lassen nicht nach, den Prozeß der Entspannung in Europa und

der Normalisierung der Lage zu stören und die bereits erreichten politischen Regelungen zu hintertreiben. Dazu propagieren sie solche unhaltbare Thesen, wie z.B. von "der endgültigen Regelung der Deutschlandfrage durch einen Friedensvertrag", von "der Wiedervereinigung Deutschlands" und der "Einheit der deutschen Nation", der "Zugehörigkeit des Landes Westberlin zur BRD" u.a.

Diese Konzeption bestimmter Kreise in der BRD, zum gegenwärtigen Zeitpunkt "eine noch ausstehende deutsche Friedensregelung" in den Vordergrund zu schieben, läßt erkennen, daß sie ihre unrealistische Absicht, die DDR in die BRD einzuverleiben immer noch nicht aufgegeben haben. Gleichzeitig geht es diesen Kreisen darum, die in den angeführten Verträgen und Abkommen getroffenen politischen Regelungen, die Grundlage jeder stabilen europäischen Sicherheit sind, zu unterlaufen und zu einem Provisorium herabzuwürdigen. So würde die Anerkennung der nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen, einschließlich der Grenze zwischen der DDR und der BRD, durch die Regierung der BRD, erneut in Frage gestellt. In der gleichen Absicht werden die Regelungen des Viereitigen Abkommens über Westberlin angegriffen. Man läßt weiterhin nichts unversucht, um die allseitige gleichberechtigte Einbeziehung der DDR in das internationale Leben zu erschweren.

Angesichts dieser Tatsachen hat die DDR mit Befremden feststellen müssen, daß auch von Repräsentanten Ihres Landes, in der letzten Zeit das Problem einer sogenannten ungelösten deutschen Frage aufgeworfen wurde. Bestimmte Kreise der BRD sind denn auch bestrebt, mit diesen Formulierungen ihre gegen die DDR gerichtete Politik zu stützen.

Bekanntlich sind auf dem Territorium des ehemaligen deutschen Reiches zwei voneinander unabhängige souveräne Staaten mit völlig entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen entstanden. Sie haben jeder auf einem eigenen Territorium ein eigenes Wirtschaftssystem, eine eigene Kultur und eine eigene Lebensweise geschaffen. Zwanzig Jahre entgegengesetzter gesellschaft-

*Kopie aus Veröffentlichung der chinesischen Presse über dieses Spiel*

licher Entwicklung sind nicht rückgängig zu machen. Im Gegensatz zur BRD, wo die bürgerliche Nation fortbesteht und die nationale Frage durch den unversöhnlichen Klassenwiderspruch zwischen der Bourgeoisie und den werktätigen Massen bestimmt wird, entwickelt sich in der Deutschen Demokratischen Republik, im sozialistischen deutschen Staat, die sozialistische Nation. Für die Völker und Staaten der DDR und der BRD gibt es keine nationale Klammer und keine irgendwie motivierte Einheit der Nation. Die Klassengegensätze sind nicht zu verwischen und so kann es zwischen diesen Staaten nur Beziehungen geben, die auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen.

Es würde den Interessen der DDR entsprechen, wenn die Volksrepublik China diesen Standpunkt der DDR und die entstandene Sachlage in Europa berücksichtigen würde. Wir gestatten uns, in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen, daß die DDR immer den Kampf der VR China gegen alle Machenschaften des Imperialismus, der VR China den ihr zustehenden Platz im internationalen Leben zu verwehren, unterstützt hat. Die DDR unterstützt auch heute den gerechten Standpunkt der VR China, daß Taiwan ein unveräußerlicher Bestandteil der VR China ist.

Wie Sie wissen, tritt die Deutsche Demokratische Republik getreu ihrer prinzipiellen Politik für eine weitere Normalisierung und Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen mit der Volksrepublik China ein. Eine Verbesserung der Beziehungen entsprechend den derzeitigen Möglichkeiten würde den Interessen des Volkes der DDR und des chinesischen Volkes zum Vorteil gereichen. Dieser Standpunkt der DDR ist unverändert.

Ich bitte Sie, meine Darlegungen der Regierung der Volksrepublik China zu übermitteln.